



---

Kantonsrat

## **Postulat Engler Pia und Mit. über Schulung von Fachpersonen zum Thema Häusliche Gewalt**

Eröffnet am

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Schulung von Fachpersonen aus Justiz, Gesundheit und Soziales zum Thema Häusliche Gewalt zu verstärken und die vorgesehenen Bundesgelder abzuholen.

### **Begründung**

Häusliche Gewalt zieht weite Kreise und so sind neben den Betroffenen viele Fachpersonen mit den Auswirkungen direkt konfrontiert. Im Jahr 2018 hat die Luzerner Polizei beispielsweise 442 Interventionen durchgeführt und dabei 49 Wegweisungen ausgesprochen. Im Jahr davor waren es 411 Interventionen bei 62 Wegweisungen. Um die häusliche Gewalt effektiv bekämpfen zu können, ist gemäss der Istanbul-Konvention (Art. 15) die Aus- und Fortbildung von Angehörigen bestimmter Berufsgruppen voranzutreiben und entsprechende Programme zur Verhütung und Aufdeckung entsprechender Gewalt zu schaffen.

In der Antwort zur Anfrage A 664 von Ylfete Fanaj zur Umsetzung der Istanbul-Konvention verweist der Regierungsrat auf den Massnahmenkatalog in der Botschaft des Bundesrates vom 2. Dezember 2016. Der Bundesrat will die Massnahmen gegen Gewalt an Frauen und gegen häusliche Gewalt verstärken. Er hat an seiner Sitzung vom 13. November 2019 eine neue Verordnung verabschiedet und stellt einen Beitrag von rund 3 Mio. Franken ab 2021 für Präventions- und Bildungsarbeit in Aussicht, damit die Massnahmen gegen die Bekämpfung von häuslicher Gewalt intensiviert werden. Wir fordern deshalb den Regierungsrat auf, diese vorgesehenen Bundesgelder für Schulung von Fachpersonen aus Justiz, Gesundheit und Soziales abzuholen und geeignete Fachstellen für diesen Auftrag zu mandatieren.

Pia Engler